

Vertreter sozialer Einrichtungen appellieren

Mehr Planungssicherheit für freie Träger

Stadt soll Zuschüsse auf drei Jahre vergeben / Kontrolle der Leistungen in der Diskussion

Von Cornelia Glees

Ob er einen Jugendtreff, eine Drogen- oder Erziehungsberatung unterhält - jeder freie Träger sozialer Einrichtungen kennt das leidige Tauziehen um die Zuschüsse aus dem Stadtsäckel. Doch der Kampf um die Aufteilung des immer kleiner werdenden Kuchens verbraucht nach Ansicht der Verbände viel zuviel Energie, sprich Geld und Arbeitszeit. Das soll nun anders werden. Die Freien möchten das Verfahren bei der Zuschußvergabe grundlegend verändern. Zentrale Forderung: Der jährlich verabreichte Geldsegen soll durch einen auf drei Jahre festgeschriebenen Zuschuß abgelöst werden, damit man besser planen und damit auch sparen könne.

Die Frage, wie in mageren Zeiten eine fachlich gute, soziale Versorgung zu gewährleisten ist, beschäftigt seit einiger Zeit Rathauspolitiker, Verwaltungsfachleute und Anbieter sozialer Dienste. Bei einer Diskussion im Sozialpolitischen Forum stellte Werner Nüßle als Vertreter des Selbsthilfezentrums, also der 'Freien', vor, wie er sich die Zusammenarbeit von Zuschußgeber und -

nehmer vorstellt: Das Sozialreferat soll mit den Einrichtungsträgern einen Vertrag für drei Jahre über eine bestimmte Summe abschließen. Den Trägern soll überlassen sein, wie sie das Geld für Personal- und Sachkosten aufteilen. Dafür müssen sie mit der Stadt verabredete inhaltliche Ziele und Qualitätsstandards einhalten.

Bei der SPD-Fraktion ist das Klagelied der freien Träger bereits auf offene Ohren gestoßen: Stadtrat Hannes Kaplan hat kürzlich den Antrag gestellt, in Zukunft bei der Haushaltsaufstellung die Finanzplanung für soziale Projekte auf drei Jahre festzuschreiben. Sozialreferat und Kämmerei sollen einen entsprechenden Vorschlag erarbeiten. Sozialreferent Friedrich Graffe gab bei der Forumsdiskussion allerdings zu bedenken, daß er heute schon Sparauflagen für 1995 und 1996 von jeweils zehn Millionen Mark habe. Der Spielraum für Kürzungen sei jetzt schon klein, würde aber durch Verbindlichkeiten aus festen Verträgen noch viel enger. Dennoch unterstützt er den Wunsch nach langfristiger Planungssicherheit.

Einig sind sich Stadt und freie Träger darin, daß Sparsamkeit endlich belohnt werden

müsse. Wer Zuschüsse nicht verbraucht hat, soll sie ins folgende Jahr hinüberretten dürfen. Jugendamts-Chef Hubertus Schröer kann sich vorstellen, nur einen Teil beantragter Zuwendungen an solche Einrichtungen auszus zahlen, die Gewinne erwirtschaften können wie etwa das Feuerwerk. Wer viel kassiert, darf dann trotzdem seine Zuschüsse behalten. Das sei ein echter Leistungsanreiz, der so jedoch nicht für alle Projekte gelten könne, sagt Schröer. Bisher werden Einrichtungen meist nach dem Fehlbetragsprinzip finanziert. Die Träger bekommen soviel, wie sie brauchen.

Einig ist man sich auch, daß die Qualität der Arbeit kontrolliert werden muß. Notfalls würde dann auch einmal ein Projekt mangels Erfolg eingestellt. Doch wer soll kontrollieren und nach welchen Kriterien? Da hört die Einigkeit auf. Immerhin hat sich die Denkweise geändert. Gefragt wird heute, was die Menschen wirklich nötig haben, und nicht mehr, was die Einrichtung braucht. Das bedeutet Wettbewerb. Nüßle befürwortete diese Konkurrenz im Sozialwesen, die letztlich den Kunden zugute kommt.